



Netzwerk für den Dialog zwischen
Wissenschaft und Politik

future
wissenschaft & politik

Newsmail Dezember 2017 / Januar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

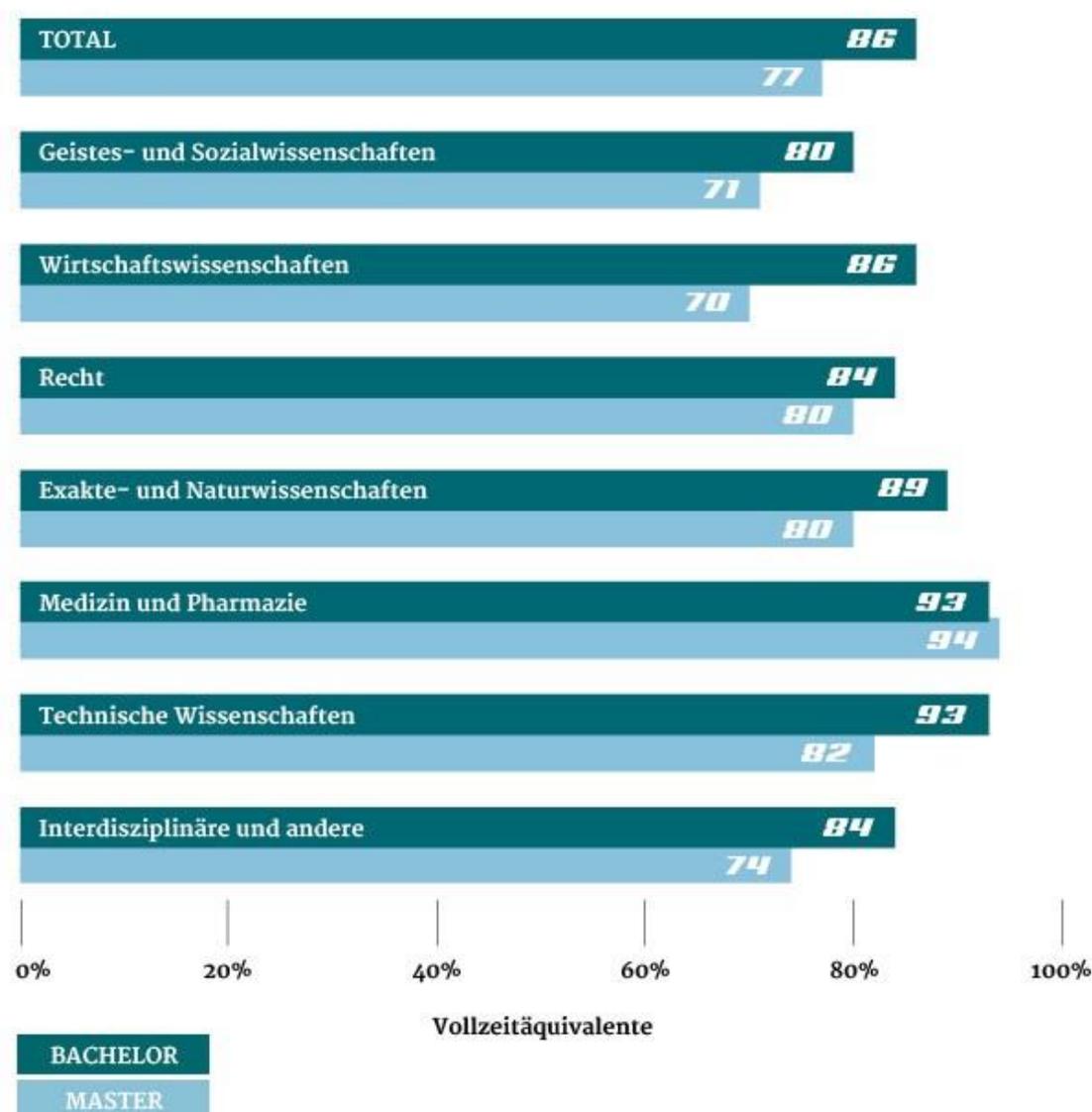
Mit der «Kündigungsinitiative» wird zum erneuten Angriff auf die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union geblasen. Die Mitte Januar 2018 lancierte Volksinitiative hat die Kündigung des Abkommens über den freien Personenverkehr zum Ziel. Dieses ist mit sechs anderen grundlegenden Verträgen im Rahmen der «Bilateralen I» verknüpft – dazu zählt auch das Abkommen über die Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU. Mit der wegweisenden Abstimmung, die im Jahr 2021 stattfinden könnte, wird die Schweizer Stimmbevölkerung also auch über die künftige Beteiligung der Schweiz am neunten europäischen Forschungsrahmenprogramm entscheiden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

FACTS & FIGURES

Studienintensität nach Fachbereichsgruppe und Studienstufe der universitären Hochschulen, 2015/16



ohne Studierende der Studienstufe Diplom Sek. II

Quelle: BFS

Studienintensität sinkt mit Erwerbstätigkeit

Die Studierenden der Universitären Hochschulen wendeten im Jahr 2015/2016 durchschnittlich ein 86%-Pensum für ein Bachelor-Studium auf; beim Master lag der Zeitaufwand mit 77% etwas tiefer. Gemäss einer **Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS)** herrschte in Pharmazie und Medizin die höchste Studienintensität, da diese Studiengänge stark strukturiert sind. Auch die Technischen Wissenschaften sind überdurchschnittlich studienintensiv. Die tiefste Intensität herrschte im Master-Studium

der Wirtschaftswissenschaften, der Sozial- und Geisteswissenschaften sowie in interdisziplinären und anderen Fächern. Diese Fächer verzeichnen den grössten Anteil erwerbstätiger und über 25-jähriger Studierende. Studierende, die neben dem Studium ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, haben häufig eine tiefere Studienintensität. Die Studienintensität wird in Prozent eines Vollzeitstudiums angegeben, welches mit 60 ECTS-Credits pro Jahr veranschlagt wird. Pro Credit werden 25-30 Arbeitsstunden erbracht.

NEUIGKEITEN DES MONATS

Parlamentarische Initiative

SGK-N will Experimentierartikel einführen

26.01.2018

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) hat mit 13 zu 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen, eine Parlamentarische Initiative für die Einführung eines Experimentierartikels im Betäubungsmittelgesetz zu ergreifen. Der neue Gesetzesartikel soll wissenschaftliche Projekte für innovative Regulierungsansätze zum gesellschaftlichen Umgang mit Cannabis ermöglichen. Die Kommission reagiert damit auf das Verbot einer entsprechenden Studie mangels gesetzlicher Grundlage. Als Nächstes wird sich die SGK des Ständerats mit der Frage auseinandersetzen.



WBF

Zusammenarbeit mit Kanada verstärken

25.01.2018

Die Schweiz will die bilaterale Zusammenarbeit mit Kanada in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation in den kommenden Jahren ausbauen. Dies hielten der Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) – Bundesrat Johann Schneider-Ammann – und der kanadische Minister für Innovation, Wissenschaft und wirtschaftliche Entwicklung – Navdeep Bains – in einer gemeinsamen Erklärung fest.



Personenfreizügigkeit

Kündigungssinitiative lanciert

16.01.2018

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) lancierten eine Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz. Ziel der Initiative ist es, die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union zu kündigen. Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit ist einer von sieben Verträgen der Bilateralen I, zu denen auch das Forschungsabkommen zählt. Die Frist für die Sammlung der benötigten 100'000 Unterschriften läuft bis am 16. Juli 2019. Die Stimmbevölkerung würde voraussichtlich im Jahr 2021 darüber entscheiden.



Bildungsmobilität

Grundlage für aussereuropäische Pilotprojekte

10.01.2018

Der Bundesrat verabschiedete eine neue rechtliche Grundlage, mit der Pilotprojekte der internationalen Mobilität in der Bildung auch ausserhalb des europäischen Raums realisiert werden sollen. So kann der Bund gemeinsame Projekte mit Ländern finanzieren, die nicht am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ beteiligt sind. Die Regelung wird versuchsweise in der Verordnung über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung verankert und ist auf drei Jahre begrenzt. Sie tritt per 1. März 2018 in Kraft.



Open Access

SNF: ab 2020 alle Publikationen offen zugänglich

13.12.2017

Der Nationale Forschungsrat beschloss, dass ab dem Jahr 2020 alle Publikationen, welche aus Förderungen des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) hervorgehen, kostenlos und digital zugänglich sein sollen. Aktuell erfüllen weniger als 50 Prozent der Publikationen aus SNF-finanzierten Projekten diese Bedingung. Der Entscheid des Nationalen Forschungsrates fügt sich in die nationale Open-Access-Strategie ein.



Rasa-Initiative

Komitee zieht Initiative zurück

12.12.2017

Das Initiativkomitee hat die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) zurückgezogen. Der Entschluss fiel im Anschluss an die parlamentarische Debatte über die Initiative. Mit dem Gesetz zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a über die Zuwanderung seien die zentralen Ziele der Rasa-Initiative grösstenteils erreicht – die bilateralen Verträge mit der EU bleiben bestehen. Bundesrat, National- und Ständerat lehnten die Initiative allesamt ab und verzichteten darauf, dem Volksbegehren einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.



Zuwanderung

Gestaffelte Einführung der Stellenmeldepflicht

08.12.2017

Der Bundesrat legte fest, wie das neue Gesetz über die Steuerung der Zuwanderung auf Verordnungsebene umgesetzt werden soll. Er hat sich für eine gestaffelte Einführung der Stellenmeldepflicht in Berufsgruppen mit einer besonders hohen Arbeitslosigkeit entschieden. Ab dem 1. Juli 2018 gilt ein Schwellenwert von 8 Prozent; ab 1. Januar 2020 gilt ein Schwellenwert von 5 Prozent. Mit diesem Entscheid trägt der Bundesrat den Stellungnahmen aus der durchgeführten Vernehmlassung über die Verordnung zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a Rechnung.



Strategische Ziele 2018-2020

08.12.2017

Der Bundesrat legte die strategischen Ziele für die Innovationsförderagentur Innosuisse in den Jahren 2018-2020 fest. Zentrales Ziel von Innosuisse ist es, die Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz zu stärken. Darüber hinaus soll die Agentur Start-up-Unternehmen fördern, Ergebnisse der Grundlagenforschung vermehrt für die Innovationsförderung nutzen und auch im internationalen Bereich bestimmte Aufgaben übernehmen. Innosuisse ist die Nachfolgeorganisation der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und nahm den Betrieb per 1. Januar 2018 auf.



Voranschlag 2018

Parlament spart weniger im BFI-Bereich

07.12.2017

Der Bundesrat hatte im Jahr 2018 im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) Sparmassnahmen von 220 Mio. Franken vorgesehen. National- und Ständerat verringerten diese Kürzungen bei Hochschulen und Forschungsinstitutionen um rund 86 Mio. Franken. Die eidgenössischen Räte stockten die Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten (6 Mio. Franken) und Fachhochschulen (11,3 Mio.) sowie die finanziellen Mittel für die Institutionen der Forschungsförderung (15 Mio. für den Schweizerischen Nationalfonds, 1 Mio. für die Akademien der Wissenschaften) auf. Im ETH-Bereich reduzierten die Räte den Sparbetrag um 52,9 Mio. Franken; die Mittel für das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung wurden um 500'000 Franken erhöht.



Medizinstudium

Kein Praktikum als Eignungstest

06.12.2017

Der Ständerat lehnte eine Motion ab, welche ein obligatorisches Praktikum als Eignungsnachweis für die Zulassung zum Studium der Humanmedizin forderte. Der Vorstoss beantragte, die praktischen Fähigkeiten als Ersatz oder in Ergänzung zum angewandten Test der intellektuellen Fähigkeiten als Eignungskriterium einzuführen. In der Sommersession hatte der Nationalrat dem Vorstoss zugestimmt. Mit dem Entscheid der kleinen Kammer ist der Antrag nun erledigt.



Tierversuchsforschung

2,9 Mio. Franken für Kompetenzzentrum 3RCC

05.12.2017

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) unterstützt das Schweizerische Kompetenzzentrum 3RCC in den Jahren 2018-2020 mit 2,9 Mio. Franken. Dieses fördert die Anwendung der 3R-Prinzipien bei Tierversuchen, welche dazu beitragen, die Belastung von Tieren zu vermindern, die Anzahl eingesetzter Tiere zu reduzieren und Tierversuche durch andere Methoden zu ersetzen. Das Kompetenzzentrum 3RCC ist als Verein aufgestellt und an der Universität Bern angesiedelt.



AGENDA

01.-02.02.2018 | Bern

- Sitzung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N)

13.02.2018 | Bern

- Sitzung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S)

23.02.2018 | Bern

- Sitzung des Hochschulrats der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK)

26.02.-16.03.2018 | Bern

- Frühjahrssession der eidgenössischen Räte

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

1. Februar 2018
